

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit**

92. Abgeordneter
Andreas Bleck
(AfD)
- Auf Basis welcher wissenschaftlichen Grundlage konstatiert das Bundesamt für Naturschutz, dass zurzeit keine hinreichenden Erkenntnisse vorliegen, ob der Kalikokrebs alle in Artikel 4 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 festgestellten Kriterien erfüllt, um in die Liste invasiver gebietsfremder Arten von unionsweiter Bedeutung aufgenommen zu werden (Bundestagsdrucksache 19/4910)?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Rita Schwarzelühr-Sutter
vom 27. Februar 2019**

Auf Grundlage aktueller Forschungsergebnisse zu Reproduktion und Management des Kalikokrebses, die auf der Fachtagung des Instituts für Biologie und Schulgartenentwicklung der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe zum Thema „Management des invasiven Kalikokrebses zum Schutz von Amphibien und Libellen in Kleingewässern“ am 7. Dezember 2018 in Karlsruhe präsentiert worden sind, sowie der Erkenntnisse zur nicht vorsätzlichen Ausbreitung in Deutschland erscheint es unwahrscheinlich, dass gemäß Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe e der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 durch die Aufnahme in die Unionsliste die nachteiligen Auswirkungen tatsächlich verhindert, minimiert oder abgeschwächt werden können.

93. Abgeordnete
Dr. Bettina Hoffmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Bestrebungen sind dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit bekannt, das sogenannte „Innovationsprinzip“ in deutschen und europäischen Rechtstexten zu verankern, die in Bezug zu Umwelt- und Naturschutz stehen, und wie bewertet es das „Innovationsprinzip“ insbesondere im Verhältnis zum Vorsorgeprinzip?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Florian Pronold
vom 28. Februar 2019**

Dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit sind derzeit keine Legislativvorhaben im Umwelt- und Naturschutz bekannt, die den Begriff „Innovationsprinzip“ enthalten. Auf europäischer Ebene werden zurzeit der „Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation ‚Horizont Europa‘ sowie über die Regeln für die Beteiligung und die Verbreitung der Ergebnisse“ (COM(2018) 435 final) sowie der „Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation ‚Horizont